
„Kabinett ignoriert klimafreundliche Kraftstoffe“

Das Bundeskabinett hat Änderungen der Lkw-Maut beschlossen. Demnach sollen „emissionsfreie Fahrzeuge“ bis Ende 2025 von der Straßenbenutzungsgebühr befreit werden. Betrachtet würde ausschließlich der CO₂-Ausstoß am Auspuff, beklagt Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn von Uniti, dem Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen. Eine Bilanzierung über den gesamten Lebenszyklus, die auch die Emissionen etwa bei der Erzeugung des Ladestroms einbezieht, unterbleibe. So käme die Mautbefreiung ausschließlich batterieelektrischen Fahrzeugen oder solchen mit Brennstoffzelle zugute. Das Potential CO₂-armer oder -neutraler biogener sowie grünstrombasierter Kraftstoffe werde dagegen nicht berücksichtigt.

Kühn fordert daher mit Blick auf die anstehenden Beratungen im Bundestag: „Lkw, die nachweislich mit regenerativen Kraftstoffen wie HVO-Diesel, Bio-LNG, Bio-CNG oder perspektivisch mit grünstrombasierten e-Diesel unterwegs sind, sollten ebenfalls bei der Maut bessergestellt werden. Mit dem Einsatz dieser Kraftstoffe sowohl im Fahrzeugbestand als auch in zukünftigen Neufahrzeugen wird schließlich ein wichtiger und realer Beitrag zum Klimaschutz erbracht. Es sollte hier eine europarechtskonforme Lösung gefunden werden.“ In ihrem „Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung“ vom März habe sich die Bundesregierung zur Förderung klimafreundlicher Kraftstoffe bekannt, so Kühn.

Zum 1. Dezember soll außerdem ein Aufschlag von 200 Euro pro emittierter Tonne CO₂ eingeführt werden. Dieser würde laut Kabinettsentwurf auch für klimaschonende bzw. klimaneutrale Kraftstoffe fällig. „Ein mit CO₂-armem HVO-Diesel oder mit CO₂-neutralem e-Diesel genutzter Lkw sollte bei der Maut nicht schlechter gestellt sein, als ein E-Lkw dessen Ladestromherkunft gänzlich unberücksichtigt bleibt“, sagte der Uniti-Hauptgeschäftsführer. (aum)

Bilder zum Artikel



Uniti.

Foto: Autoren-Union Mobilität/Uniti
